

Titel Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!

AntragstellerInnen UB Köln

Zur Weiterleitung an

Angenommen

Mit Änderungen angenommen

Abgelehnt

Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!

1 Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!

2 Die Jusos stehen für ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik und Suchtprävention ein – weg
3 von Kriminalisierung und Prohibition, hin zu einer regulierten Abgabe, die mündigen Konsum ermöglicht,
4 die gesellschaftliche Teilhabe konsumierender Menschen sicherstellt und zum Ziel hat gesundheitliche
5 Risiken zu reduzieren. Wir wollen eine Drogenpolitik, die sich wie die portugiesische Drogenpolitik an
6 dem Satz orientiert: Wer Drogen nimmt, ist nicht kriminell! Und wer nicht kriminell ist, sollte auch nicht
7 wie ein*e Kriminelle*r behandelt werden. Dieses Umdenken betrifft verschiedene politische Bereiche und
8 die konkrete Umsetzung besteht aus mehreren Bausteinen:

9 Ausgehend vom portugiesischen Modell: Konsum entkriminalisieren

10 Wir fordern, Drogenbesitz in Eigenbedarfshöhe nicht länger mit Gefängnisstrafen zu belegen. Die Maß-
11 nahmen, die Portugal bei Drogenbesitz oder – konsum durchsetzt, reichen von einer Verwarnung über
12 Sozialstunden bis hin zu Bußgeldern. Sanktionen können ausgesetzt werden, wenn keine Abhängigkeit
13 besteht oder der*die Konsument*in im Falle einer Abhängigkeit in eine Therapie einwilligt. Lediglich der
14 Drogenhandel ist in Portugal weiterhin strafbar. Dies zeigt Wirkung: Das portugiesische Modell zeigt, dass
15 die Zahl der Drogengebraucher*innen – insbesondere der jüngeren – abgenommen hat und es weniger
16 Drogentote gibt. Während in Portugal 2015 drei Drogentote auf eine Million Einwohner*innen kamen,
17 waren es in Deutschland 17.

18 Für Deutschland wünschen wir uns ein rationaleres Modell: Es ergibt für uns keinen Sinn, eine Zwangs-
19 therapie durchzuführen, um einem Gefängnisaufenthalt zu entgehen. Eine Therapie kann nur durch Frei-
20 willigkeit zum Erfolg führen. Auch Geldstrafen sind nicht sinnvoll, da viele Betroffene nicht über die not-
21 wendigen Summen verfügen und so noch stärker in Richtung Kriminalität gedrängt werden. Wir wollen
22 stattdessen ein System, in dem der Besitz geringer Mengen Drogen zum Eigengebrauch nicht nur – wie in
23 Portugal – für Personen mit dem notwendigen Kleingeld straffrei bleibt, sondern ein System, das Drogen-
24 konsument*innen Entzugsmöglichkeiten anbietet, ohne sie unter Zugzwang zu setzen. Als Konsequenz
25 lehnen wir die juristische Verfolgung von Drogenbesitz – nicht von Drogenhandel – ab.

26 Mehr Prävention, Aufklärung und besserer Zugang zu Substitution

27 Flächendeckend muss besser über Suchtgefahren – stoffgebundene wie auch stoffungebundene – aufge-
28 klärt werden. Wir fordern einen Ausbau von und eine Personalaufstockung für Beratungsstellen, die sich
29 an Drogengebraucher*innen bzw. – abhängige und ihre Angehörigen richten. Insbesondere im ländlichen
30 Bereich haben Drogengebraucher*innen und Substituierte keine Anlaufstellen. Dies muss sich ändern.
31 Auch Angebote wie Spritzenaustausch, Drug Checking und Konsumräume sind grundsätzlich zu verstärken

32 – im ländlichen Raum wie in den Städten! In ihrem Grundsatz müssen die Angebote konsumakzeptieren-
33 den Charakter haben, also keine Abstinenz der Besucher*innen einfordern. Nur unter diesen Umständen
34 haben die Maßnahmen das Potenzial, alle Drogengebrauchenden zu erreichen.

35 Auch über Ausstiegsmöglichkeiten und Substitutionsmöglichkeiten muss allerdings niedrigschwellig in-
36 formiert werden können: Heroin kann beispielsweise mit anderen Opioiden wie Methadon, Diamorphin
37 oder Codein substituiert, also ersetzt, werden und während eines Entzugs die Entzugserscheinungen min-
38 dern, ohne einen Rausch hervorzurufen. Pharmakonzerne besitzen das Wissen und die Befugnis, für eini-
39 ge Drogen Substitute herzustellen, und nutzen diese bereits zur Produktion – Substitute sind also poten-
40 ziell verfügbar. Über diese und weitere Möglichkeiten gilt es, verstärkt aufzuklären. Die Entscheidung zur
41 Substitution und zur Therapie muss jedoch weiterhin von den Konsument*innen selbst getroffen werden.

42 **Mündigen Konsum ermöglichen, Erwerbsmöglichkeiten regulieren, Beschaffungskriminalität ver-** 43 **hindern**

44 Solange Substanzen nur illegal zu erwerben sind, ergeben sich für Konsument*innen gleich mehrere ne-
45 gative Folgen. Erstens werden sie durch die Kriminalisierung ihrer Sucht stigmatisiert und gesellschaftlich
46 ausgegrenzt, nicht zuletzt durch Inhaftierungen aufgrund des Besitzes. Gefängnisaufenthalte sind oft die
47 Folge: Etwa die Hälfte aller Inhaftierten sitzen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität ein. Zweitens
48 führt die Illegalisierung der Stoffe dazu, dass Substanzen nur auf dem Schwarzmarkt erworben werden
49 können. Das geht mit gesundheitlichen Risiken einher, denn durch gestreckte Substanzen und unhygie-
50 nische Konsumbedingungen kommt es leicht zu gesundheitlichen Schädigungen. Diese wären mit einer
51 Wende in der Drogenpolitik absolut vermeidbar.

52 Wir fordern daher einen regulierten Verkauf bisher illegaler Substanzen. Jugend- und Verbraucherschutz
53 sind hierbei selbstverständlich zu beachten, ein Verkauf an Personen unter 21 Jahren darf nicht stattfin-
54 den. Der Verkauf von Drogen darf nur in darauf spezialisierten Geschäften (Drug Stores) erfolgen. Diese
55 können bei staatlicher Regulierung und Kontrolle auch privat betrieben werden. Der Verkauf muss mit
56 einer verpflichtenden Beratung einhergehen, um Konsument*innen über die Wirkung und die Risiken
57 von Substanzen zu informieren. Prävention ist insgesamt eine Gemeinschaftsaufgabe aller. Dazu gehört
58 auch, dass nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig durch Aufklärungsmaßnahmen - beispielsweise
59 in der Schule - ein Bewusstsein für die Risiken (sog. Risikokompetenz) zu schaffen, die durch den Dro-
60 genkonsum entstehen können. Nur so kann Konsum flächendeckend mündig geschehen. Ein staatlich
61 regulierter Verkauf holt Konsument*innen aus der Illegalität und ermöglicht durch die Abgabe kontrol-
62 lierter Substanzen einen sicheren Konsum. Gleichzeitig wird der organisierten Kriminalität eine wichtige
63 Einnahmequelle entzogen.

64 Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werden sich im Bereich der juristischen Verfolgung Einsparun-
65 gen ergeben. Gleichzeitig kann der Staat aus der Besteuerung in der regulierten Abgabe Einnahmen er-
66 heben.

67 **Position von Drogengebraucher*innen bei Entscheidungen berücksichtigen**

68 Bei Entscheidungen bezüglich drogenpolitischer Fragestellungen sind neben wissenschaftlichen Positio-
69 nen auch die Erfahrungswerte von Streetworker*innen und konsumierenden Personen einzubeziehen.
70 Insbesondere die Positionen der Selbsthilfeszusammenschlüsse bieten Einblicke in die Lebensrealität Kon-
71 sumierender, die in wissenschaftlichen Erhebungen wie z.B. Befragungen nicht oder nur unzureichend
72 erfasst werden können. Auch hierfür ist die Kriminalisierung des Konsums mitverantwortlich. Organisiert
73 te Selbsthilfegruppen hingegen besitzen durch ihre oft jahrzehntelange Arbeit ein fundiertes Wissen über
74 die Drogenszene(n) vor Ort, aber auch über Substanzen und Konsum im Allgemeinen.

75 *Begründung*

76 Erfolgt mündlich.

77 Hintergrundinformationen zur portugiesischen Drogenpolitik finden die Delegierten hier:
78 [https://www.bundestag.de/resource/blob/568194/7049e611536c8671ca63a3affaedabb7/w-d-9-036-](https://www.bundestag.de/resource/blob/568194/7049e611536c8671ca63a3affaedabb7/w-d-9-036-18-pdf-data.pdf)
79 [18-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/568194/7049e611536c8671ca63a3affaedabb7/w-d-9-036-18-pdf-data.pdf)